KREIS WARENDORF

CDU

Kreistagsfraktion

Fraktionsvorsitzender

Guido Gutsche
Homanns Kämpe 17 b
59320 Ennigerloh
mobil: 0170-3114670
e-Mail: ggutsche@aol.com

www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de

Haushaltsrede 2025

13.12.2024

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Dr. Gericke, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren,

die Welt ist in Aufruhr
Ukrainekrieg, Syrien, China… wir wissen nicht, wie es hier wie dort weiter geht.

Aber auch **Deutschland ist im Aufruhr**. Ampel gescheitet, die **Wirtschaft** rauscht immer tiefer in den Keller. Das **Wirtschaftswachstum** verdient hier in 2024 den Namen nicht, es findet mit einem **Minus** statt.
Selbst im krisengeschüttelten Frankreich liegt es bei 1,2 % , in Polen bei 2,3 %, die USA bei 2,8 % und China – über das wir ständig lesen, es leide unter wirtschaftlichen Problemen – liegt bei 5 %.

Während die **US-Börse** nach der Präsidentschaftswahl nur den Weg nach oben kennt, klares Indiz für die Erwartung erfolgversprechender wirtschaftlicher Zeiten, **erlebt Deutschland den Erkenntnisgewinn, wie Wirtschaftspolitik nicht funktioniert.**

Miele aus unserer Nachbarschaft geht sukzessive nach Polen.
Die ganze **deutsche Automobilindustrie**, unser Wohlstandsmotor in Deutschland, brennt,
VW will 10tausende Jobs streichen und 3 Werke schließen
Thyssen-Krupp will 11.000 Jobs abbauen
diesen Sonntag: DB Cargo streicht 5.000 Stellen
Montag die Meldung von Deutschlands wertvollstem Unternehmen: **SAP** streicht jeden siebten Job in Deutschland

und **Mittwoch** in „Welt“: **„Alle Zeichen auf Katastrophe – diese Zahlen offenbaren das deutsche Maschinenbau-Debakel**
ich zitiere: **Maschinenbaupräsident Bertram Kawlath**: „Wir brauchen endlich wieder eine klare verläßliche Wirtschaftspolitik“
„Schluss mit Überregulierung, Schluss mit engen technologischen Vorgaben und auch Schluss mit der viel zu hohen Kostenbelastung am Standort Deutschland.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist UNSERE Region, die mit dem Maschinenbau!!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

an jedem Job hängt eine Familie, jeder gute sozialversicherungspflichtige Job stützt unser Sozialsystem, finanziert unsere Infrastruktur. Ihre **Steuerzahlungen**, wie die der Unternehmen, landet über den Finanzausgleich auch **bei uns im kommunalen Säckel… oder eben auch nicht.**

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren,

Deutschlands Weg wird international mittlerweile als **Negativbeispiel** genannt. Eben, wie man es nicht machen sollte.

Unsere Unternehmen können sich Deutschland nicht mehr leisten!

Energie ist zu teuer und wird perspektivisch im Vergleich zum Ausland unsicherer.

Die **Bürokratie** ist – vielfach auch basierend auf ab Europa abwärts durchdeklinierter Umweltgesetzgebung – **selbstblockierend geworden** (ich nenne nur die Ramedetalbrücke zur Autobahnbrücke in Genua und den Wiederaufbau von Notre Dame – überall geht's schneller).

11.500 neue Beamtenstellen der Bundesregierung sorgen eben nicht dafür, dass die Arbeit beim Kreis, bei den Kommunen, weniger wird. Sie sorgen vielmehr für das Gegenteil.

Glauben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen,
dass wir beim massiven Aufbau oben demnächst mit **nur 7 neuen Nettostellen im Kreis** auskommen werden?

Selbst für die benötigten ausländischen Fachkräfte sind **Sozialabgaben und Steuern hier viel zu hoch**.

Und: **Deutschland hat ein Kostenproblem**, dessen Reformerfordernis großem Unwillen in Teilen der Politik gegenübersteht.

Das wir hier mit unserem System am Ende angekommen sind, dämmert dem Bürger so langsam.

Unserer kommunalen Familie dürfte es 2026 aber so richtig dämmern, denn, wie wir hier ja alle in diesem Saal wissen, **schlachten wir mit diesem Haushaltsplan 2025 unser Sparschwein.**

Und dass uns das hier allen sehr bewusst ist, zeigt die **Zurückhaltung bei der diesjährigen Antragstellung durch die Fraktionen** und dafür danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir tragen hier gemeinsam Verantwortung in diesen Zeiten.

Die Übersicht über die **Finanzplanungszeiträume unserer Kommunen** im Finanzausschuss am 03.12. zeigt deutlich, wie schlecht es ihnen ab 2026 voraussichtlich gehen wird.

Die Kostenexplosion bei **den Wiedereingliederungsleistungen** des Landschaftsverbands – dem keine Zahlungsdynamik seitens der Bundes gegenübersteht – und eine ebensolche bei den von Bund und Land **ungedeckten Migrationskosten** rauben uns den Spielraum.

Betrugen die nicht erstatteten Kosten der Migration jahrelang zwischen 2-3 Mio €, kletterten sie letztes Jahr auf **8 Mio** und dieses Jahr auf sagenhafte **18 Mio €!** Im Haushalt 2025 siehts nicht besser aus.
Alleine dieser Betrag macht die Lücke aus, die wir dieses Jahr noch grob mit dem **Griff in die Rücklage** decken können. Um sie eben nicht an unsere Städte und Gemeinden und diese an die Grundsteuerzahler weitergeben müssen.
Nächstes Jahr ist aber Ebbe.

Auch **die Kosten für den ÖPNV** steigen, Unternehmen beteiligen sich nicht mehr an Ausschreibungen.

Wollen wir Buslinien erhalten, müssen wir Wirtschaftlichkeitslücken schließen. Mit dem **Bahnverkehr** siehts nicht besser aus, liest man nur aufmerksam die Zeitungen. Zugführer können nicht vom Baum gepflückt werden.

Trotz geplanter Reaktivierung der WLE und allen Bemühungen im Busbereich sagen auch die aktuellen Verkehrsgutachten:
Der **Pkw ist und bleibt weiterhin das Transportmittel Nr. 1**, mit weiterem Abstand. Vor allem auf dem Land. Weils schlichtweg nicht anders geht.

Leben auf dem Land unterliegt eben anderen Gesetzmäßigkeit als in Großstädten.
Dieses gegenseitige Verständnis anzuerkennen ist auch wichtig für das Miteinander der 1,3 Mio. Menschen des Münsterlands mit den gut 300.000 Einwohnern der Bezirkshauptstadt.

Vor diesem Hintergrund muss **individuelle Mobilität** für die breite Masse finanzierbar und wichtige **Infrastruktureinrichtungen müssen weiterhin damit erreichbar bleiben**.

Meine Damen und Herren,

trotz knapper Kassen wollen wir **verlässlicher Partner der Sozialverbände** und ihrer wichtigen Einrichtungen sein und etwaige Kostensteigerungen, die uns dargelegt werden, mit unserem **Kreisanteil mittragen**.

Nicht übernehmen können wir jedoch Kürzungsanteile des Staates, weil wir es uns nicht leisten können, Ausfallbürge anderer zu werden.
Unsere Städte und Gemeinden können sich dies nicht leisten.
Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben dies ausdrücklich betont.

Wenn es etwas gibt, das Bürgerinnen und Bürger von staatlichen und kommunalen Einrichtungen jedoch erwarten können, dann ist es Hilfe und Schutz in der Not.

Dies gilt neben der Polizei für das **Rettungswesen**! Wir legen Wert darauf, dass die **Erreichbarkeitszeiten** weiterhin optimiert werden in den Kommunen, wo es noch notwendig ist.

Und wir freuen uns, dass es mit dem **Bevölkerungsschutzzentrum** zügig voran geht.
Im Januar ist die **erste Jurysitzung**, alle Fraktionen, die Verwaltung eingebunden.
Ein **Gemeinschaftsprojekt,** das für unsere Städte und Gemeinden ein Rettungsanker in der Not sein wird!
Wir alle haben letzten Winter das Hochwasser gesehen…ich sage, nochmal Glück gehabt!

Lieber Olaf, Du hast dieses Thema und die Notwendigkeit sehr früh erkannt und bist es konsequent angegangen. So muss es sein.

Und damit die Kosten im Griff bleiben, muss ja nicht immer alles neu gebaut werden, Anmietungen einer Lagerhalle tuns auch!

Für uns als CDU gehört dazu, dass im Notfall, gerade bei einem **Blackout,** die gesamte **Bevölkerung im Kreis jederzeit übers Nötigste informiert werden** kann.
Die 4 **Sendemasten** unseres Lokalradios RADIO.WAF gehören notstromabgesichert.
Dem Radio geht’s seit Corona finanziell nicht mehr so gut. Daher unserAntrag dazu.

Sicherheit ist im Kreis Warendorf eine runde Sache!

Wenn denn alles so rund liefe…tut es aber nicht..

So wollen es nicht hinnehmen, dass unsere **grundsätzlich prosperierende Region** mit zur Zeit noch nur 4,9 % Arbeitslosen nachhaltig **Schaden nimmt** und die Menschen hier Sicherheit und Wohlstand einbüßen müssten.
Noch steht der Kreis Warendorf mit einem durchschnittlich verfügbaren Einkommen unserer Bürgerinnen und Bürger mit 27.000 € pro Kopf gut da. Der Schnitt in NRW liegt bei 25.100 €.

Wir wollen nicht hinnehmen, dass unsere Städte und Gemeinden die vielen **notwendigen Infrastrukturprojekte**, seien es Schulen und Kitas, Turnhallen, Feuerwehrgerätehäuser oder auch Freizeiteinrichtungen, ab 2026 schieben oder streichen müssen.

Und wir wollen auch, dass unsere **Heimat lebenswert bleibt**, dass das Münsterland weiterhin, wenigstens in großen Teilen, das Prädikat Parklandschaft verdient.

Daher haben wir an die nächste Bundesregierung u.a. folgende Forderungen:

- deutliche **Vereinfachungen** in Planungs-, Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren
- Lösen der **Migrationsproblematik**, die unsere Kommunen zu überfordern droht
- **Anpassung des EEG und des BauGB**, um dem zur Zeit vollkommen **ungesteuerten Ausbau der Windenergie** ein Ende zu bereiten. Die Flächenausweisungen von Regionalplanung und Städten übererfüllen jetzt schon unsere Verpflichtungen und beteiligen im Gegensatz zum Jetztzustand vor allem auch die betroffene Bevölkerung
- eine **deutliche Verbesserung der Konnexität** zwischen der Sozialgesetzgebung und der Finanzausstattung der ausführenden kommunalen Familie

Ein massives Umdenken in Berlin ist erforderlich!

An unsere Städte und Gemeinden haben wir dieses Jahr eine gute Botschaft.
20,30 PP für die Jugendamts- und 33,00 PP für die Kreisumlage bedeuten für 2025 Spielraum, mit dem sich leben lässt.

Wenigstens haben wir **hier im Kreis** mit unserer Verwaltung, unserem Landrat, lieber Olaf Gericke und unserem Kämmerer, lieber Stefan Funke, eine Organisation und Menschen, auf die wir uns in Sachen **solider Finanzverantwortung** verlassen können!

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, lieber Herr Landrat, lieber Olaf,

Ihnen allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute fürs Neue Jahr

Vielen Dank

Guido Gutsche
-Fraktionsvorsitzender-